

Donnerstag, 13. Januar 2022 | um 14:30 Uhr | Videokonferenz

Programmbeschwerde vom 18.10.2021 über den Beitrag "Verteidigungszone Taiwans - China provoziert mit Kampffjets" auf tagesschau.de vom 03.10.2021

Der Redaktion wird von der Beschwerdeführerin vorgeworfen, mit dem Beitrag Desinformation zu betreiben. Bereits der Titel führe in die Irre, zudem wird u.a. bemängelt, dass die taiwanische Luftverteidigungszone mit dem Hoheitsgebiet des Luftraums des Landes gleichgesetzt werde. Darüber hinaus habe tagesschau.de fälschlicherweise angedeutet, dass taiwanische Flugzeuge chinesische Jets zum Abdrehen gezwungen hätten. Nach Auffassung der Petentin habe die Redaktion Meldungen von Nachrichtenagenturen ungeprüft übernommen. Die Kritik hat die Redaktion veranlasst, nachträglich zwei Änderungen in dem Beitrag durchzuführen, die aufgeworfene Behauptung einer nicht wahrheitsgemäßen Berichterstattung wird zurückgewiesen. Da die Petentin weiterhin an ihrer Beschwerde festgehalten habe, hat sich der Rechts- und Eingabenausschuss ausführlich damit befasst und die einzelnen Kritikpunkte intensiv diskutiert. Aus Sicht des Ausschusses hätte der erste Bericht präziser formuliert werden müssen, um eine missverständliche Rezeption auszuschließen. Der Rechts- und Eingabenausschuss erkennt an, dass die Redaktion die Eingabe zum Anlass genommen hat, Veränderungen in dem Beitrag vorzunehmen. Diese Verbesserung legt den Schluss nahe, dass von der Redaktion keine einseitige Berichterstattung intendiert war. Da in dem Beitrag auch kein systematisches Vorgehen zu erkennen ist, haben die Mitglieder des Rechts- und Eingabeausschuss beschlossen, dass der Beitrag nicht gegen die Grundsätze der Programmgestaltung gemäß NDR Staatsvertrag verstößt. Im Ergebnis hat der Rechts- und Eingabenausschuss dem Rundfunkrat empfohlen, von der Feststellung eines Verstoßes gegen den NDR Staatsvertrag Abstand zu nehmen.

Auftrag und Struktur – Entwurf 2. Medienänderungsstaatsvertrag (MÄStV)

Der Justiziar des NDR hat den Mitgliedern des Rechts- und Eingabenausschusses einen Überblick über die wesentlichen Änderungen im Entwurf des 2. MÄStV gegeben. Derzeit findet eine öffentliche Anhörung zum MÄStV statt, an der sich auch die ARD mit einer gemeinsamen Stellungnahme beteiligen wird. Deren Kernaspekte sind den Ausschussmitgliedern ebenfalls dargelegt worden. Die Ergebnisse der Diskussion zum MÄStV in der Rundfunkratssitzung am 03.12.2021 werden in eine gemeinsame Stellungnahme der Gremienvorsitzendenkonferenz der ARD einfließen.

gez. Jens-Peter Kruse – Vorsitzender des Rechts- und Eingabenausschusses
Hamburg, 03.02.2022